

von Sozialwohnungen an ihrem jeweiligen Einkommen zu orientieren habe und die unerträglichen und willkürlichen Belastungsunterschiede abzubauen sind. Zur Lösung bieten sich an:

1. Das Wohngeldgesetz wird auf alle Bewohner von Sozialwohnungen ausgedehnt, und entsprechend werden die Mietobergrenzen angehoben.

2. Es wird die einkommensabhängige Wohnwertmiete für alle Sozialwohnungen eingeführt. Den Vermietern, die ihre Wohnungen in öffentlicher Bindung beirhalten, wird die Kostenmiete gesichert; die Mieter zahlen nur die nach ihrem Familiennettoeinkommen tragbaren Wohnkosten.

Die zweite Lösung hat den Vorzug, daß ungerechte Mietunterschiede auf gesetzlicher Grundlage beseitigt werden könnten. Eine Einkommensprüfung wäre nur alle drei bis vier Jahre notwendig und entfiel bei überdurchschnittlichem Einkommen.

F.D.P.: Weniger kann mehr sein

Für die F.D.P.-Fraktion erklärt der Abgeordnete Hans Robertz:

Einer kritischen Bestandsaufnahme des sozialen Wohnungsbaus muß eine knappe Leistungsbilanz vorausgehen. Seit 1948 wurden in NRW rund 2,5 Millionen Wohneinheiten öffentlich gefördert. Nur durch einen sozialen Wohnungsbau, der von Jahr zu Jahr neue Rekordziffern melden konnte, wurde erreicht, daß an die Stelle der Wohnungsnot der Nachkriegszeit ein Wohnungsmarkt getreten ist, auf dem heute, zumindest statistisch, Wohnungsangebot und -nachfrage ausgeglichen sind.

Angesichts derartiger beachtlicher Bauleistungen einerseits und der begrenzten Landesfinanzen andererseits wurde schnell deutlich, daß die anfänglich vom Land gezahlten verlorenen Zuschüsse in vom Bauherrn zurückzahlende Darlehen umgewandelt werden mußten. Im zeitlichen Gleichlauf mit der Darlehensrückzahlung müssen zwangsläufig die Sozialmieten steigen.

Ein finanzielles Problem für die Sozialmieter entsteht durch diese systemgebundenen Mietsteigerungen so lange nicht, wie sie die korrespondierenden Zahlungen aus dem Wohngeldgesetz des Bundes erhalten.

Die F.D.P.-Fraktion wird sich darum verstärkt für ein Wohngeldsystem einsetzen, das leichter als bisher an die Miet- und Einkommensentwicklung angepaßt werden kann. Die Mietbelastung soll dabei den jeweiligen Wohnwert widerspiegeln und sich zugleich am Einkommen des begünstigten Haushalts orientieren.

Parallel dazu muß ein zweites Grundproblem des sozialen Wohnungsbaus gelöst werden: Der Kreis der Begünstigten muß eingeeengt werden. Nutznießer des sozialen Wohnungsbaus dürfen nur noch wirklich sozial Bedürftige sein. So müssen zum Beispiel künftig mehr Wohnungen für ältere Menschen, Umsiedler, Behinderte und Kinderreiche gebaut werden. Die Sozialmieten für diese Bevölkerungsgruppen sollten – wenn es sein muß zu Lasten des Gesamtbauvolumens – verstärkt subventioniert werden, um Sozialmieten zu erreichen, die diesen Namen auch verdienen.

Porträt der Woche

Das Ruhrgebiet umzuwandeln, aus dem Kohlenpott eine krisenfestere und menschenfreundlichere Industrielandschaft zu machen, das ist eine der Kernaufgaben des Landtags in Düsseldorf. Wo es darum geht, ist Albert Brinkmann fast immer dabei. Am Wechsel seiner Arbeitsbereiche im Parlament läßt sich ablesen, wie diese Probleme sich verändern.

Der CDU-Abgeordnete aus Dortmund wurde 1966 zum erstenmal über die Landesliste gewählt, als der Bergbau unter den wachsenden Kohlenhalden zu ersticken drohte. Brinkmann war damals schon 14 Jahre Mitglied des Stadtrats in Dortmund und dort zuletzt CDU-Fraktionsvorsitzender gewesen. Weil er die Lage „vor Ort“ kannte, kam er in den Ausschuß für Landesplanung, denn dort ging es vorrangig um neue Arbeitsplätze und die Zukunft des Ruhrgebiets. Gleichzeitig arbeitete Brinkmann im Ausschuß für Verwaltungsreform, wo mit der Neuordnung der Kreise Unna und Ennepe-Ruhr die ersten Versuche zur kommunalen Neugliederung unter den Bedingungen des Industrie-reviers gemacht werden mußten.

Zwischen 1970 und 1975 ging es für ihn im Verkehrsausschuß des Landtags vor allem um den Ausbau der S-Bahn und eines zusätzlichen Stadtbahn-Netzes im Ruhrgebiet. Ohne größere Beweglichkeit im Nahverkehr sind die Beschäftigungsprobleme nicht zu lösen – auch wenn Brinkmann als stellvertretendes Mitglied im Wirtschaftsausschuß manche Erfolge bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze miterlebt.

Seit die Ölkrise überwunden und Brinkmann zum drittenmal in den Landtag gewählt ist, geht es für ihn nun um die Verbesserung des Straßenverkehrs und die Beseitigung von Unfallschwerpunkten – schließlich läßt die Stadtbahn wegen Geldmangels auf sich warten und die Autoströme der Pendler schieben sich erneut ins Blickfeld an der Ruhr.

Ist es selbstverständlich, daß ein Ruhrgebietsabgeordneter im Revier groß geworden ist? Für Albert Brinkmann stellt sich da gar keine Frage. Er wurde 1916 in Lütgendortmund als jüngstes von neun Kindern eines Grubenelektrikers geboren. Der Vater hielt nichts davon, „Geschenke vom Staat anzunehmen und schickte seinen Jungen statt aufs Gymnasium in eine Lehre als Versicherungskaufmann.

Mit 18 Jahren war Albert Brinkmann Dekanatsführer der Katholischen Jugend in Dortmund. Zwei Jahre



Albert Brinkmann (CDU)

später drohte ihm der offene Konflikt mit den neuen Machthabern – weil er mit seiner Jugendgruppe eine Wanderung unternommen hatte. Damit war das Monopol der Hitlerjugend mißachtet worden, die allein noch solche Jugendwanderungen machen durfte. Brinkmann entzog sich dem Untersuchungsverfahren durch schleunigen Umzug nach Weimar, dann nach Hamburg. 1938 mußte er zur Wehrmacht einrücken, sieben Jahre später kam er als Hauptfeldwebel in Kurland in russische Kriegsgefangenschaft. Als „arbeitsunfähig“ wurde er 1948 entlassen. Für ihn blieb es von vornherein nicht dabei, daß er sich beruflich einsetzte – obwohl aus dem Versicherungs-Sachbearbeiter in 12 Jahren der Filialdirektor und Leiter einer Geschäftsstelle mit 160 Mitarbeitern wurde.

Schon knapp ein Jahr nach der Heimkehr aus Moskau war Brinkmann Mitglied der CDU und der Deutschen Angestelltengewerkschaft, ein weiteres Jahr später Kreissprecher der Jungen Union in Dortmund und bald auch in den CDU-Sozialausschüssen tätig.

Wäre er kein Kind des Kohlenpotts, würden Westfalen von Albert Brinkmann anerkennend sagen, er sei ein Kerl, der eine gerade Furche pflügt. Der Dortmunder Abgeordnete selbst weist Lob eher zurück – nicht zurückgewiesen hat er aber den Ehrenring, den ihm die Stadt Dortmund schon vor 14 Jahren für seine Tätigkeit verlieh. Nach der letzten Landtagswahl bekam Brinkmann im Düsseldorf Landtag einen Vertrauensbeweis seiner Fraktionskollegen. Sie entsandten ihn in den Rechnungsprüfungsausschuß – dorthin, wo die Kontrolle des Landtags über die Geldausgaben der Landesregierung ausgeübt wird und die oft heiß umstrittenen Beanstandungen des Landesrechnungshofs endgültig geklärt werden.

Peter Weigert